



AG Europäische Wirtschaftspolitik

Grenzen offen halten – Schengen-Raum retten!

Viele europäische Staaten haben wegen des großen Zustroms von Flüchtlingen und Asylbewerbern wieder Grenzkontrollen eingeführt. Sollten diese dauerhaft bestehen bleiben und sogar noch ausgedehnt werden, wäre das Schengen-Abkommen gescheitert. Dies hätte gravierende Folgen für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Speziell Deutschland als traditionelle Exportnation müsste einen deutlichen Rückgang der Wettbewerbsfähigkeit und der Wirtschaftsleistung befürchten. Auch andere Länder, nicht nur in Europa, würden unter den Auswirkungen leiden:

Wer Schengen zerstört, zerstört eine wesentliche, von Bürgern geschätzte Errungenschaft der EU. Darüber hinaus führt dies zu signifikanten Mehrkosten und Bürokratie und gefährdet somit unseren Wohlstand. Für die Staaten des Schengen-Raumes lägen die längerfristigen jährlichen Auswirkungen einer dauerhaften Wiedereinführung von Grenzkontrollen bei rd. 0,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, also mehr als 100 Mrd. €, wird aus einer Anfang Februar 2016 veröffentlichten Studie der „Denkfabrik“ France Stratégie zitiert. Die Wirkungen würden einer Steuer auf den Handel zwischen den Schengen-Staaten in Höhe von drei Prozent gleichkommen.

Ziel der Schengen-Abkommen war, das Schaffen eines Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Wir haben mehr als dreißig Jahre davon profitiert. Ein Aufgeben würde fatale Signale aussenden: Eine tragende Säule der europäischen Einigung stürzt ein! Negative Folgen auf bisher erreichte Errungenschaften, die Europa mehr als 70 Jahre Frieden gesichert hat und mit denen überall ein deutlich verbesserter Lebensstandard erreicht wurde, sind zu befürchten.

Wer in der heutigen globalisierten Welt Außenbeziehungen beeinträchtigt, gefährdet das Erreichte – materiell und immateriell!

Die AG EWP spricht sich daher entschieden dafür aus, das Schengen-System grundsätzlich beizubehalten und lehnt die dauerhafte Wiedereinführung von Grenzkontrollen zwischen den Vertragsstaaten ab. Sie begrüßt die Zielsetzung der Europäischen Kommission bis Ende 2016 das Schengen-Abkommen wieder in Kraft zu setzen. Sie verkennt dabei nicht, dass aufgrund der gemachten Erfahrungen Verbesserungen vorgenommen werden sollten.

A. Konkrete wirtschaftliche Gefahren dauerhafter Grenzkontrollen für Deutschland

1. Für dauerhafte Grenzkontrollen müssten bauliche Anlagen (wieder) aufwändig geschaffen und Personal eingestellt werden. Die Konsolidierungen öffentlicher Haushalte werden schwieriger.
2. Früher bekannte lange Wartezeiten an den Grenzen dürften wieder die Folge sein. Sie führen zu Kostenbelastungen und einer Gefährdung von Termintreue. Auch grenzüberschreitend haben inzwischen „Just-in-time“-Lieferungen eine große Bedeutung.
3. Zusätzliche Bürokratie führt zu höheren Verwaltungskosten und senkt Flexibilität.
4. Binnenhandel und europäischer Wettbewerb werden beeinträchtigt. Geringerer Wettbewerbsdruck führt regelmäßig zu höheren Preisen.
5. In Deutschland ist etwa jeder vierte Arbeitsplatz vom Export abhängig. Diese werden zum Teil gefährdet.
6. Insbesondere in Grenzregionen sind viele Arbeitsplätze mit Pendlern besetzt. Insgesamt pendeln 1,1 Millionen EU-Bürger täglich zwischen zwei Mitgliedstaaten zur Arbeit. Abfertigungszeiten an der Grenze dürften die Bereitschaft, im Nachbarland zu arbeiten, deutlich einschränken.
7. Der Einzelhandel und die Gastronomie in diesen Regionen werden durch ausbleibende Tages-Kunden aus dem Nachbarland geschädigt.
8. Generell wird der grenzüberschreitende Tourismus durch Ein- und Ausreisekontrollen behindert.
9. Von deutschen Unternehmen in die Nachbarländer, teilweise spontan, entsandte Monteure, Wartungskräfte usw. müssen mit mehr Zeitbedarf rechnen, werden damit teurer und im schlimmsten Fall unattraktiv.
10. Die Möglichkeiten Europa direkt durch Kennenlernen anderer Mitgliedstaaten durch Austausch von Schülern, Studenten, Auszubildenden und entsandten Arbeitnehmern werden um Jahre zurückgedreht.

Im Jahr 2014 exportierte Deutschland Waren im Volumen von 1.124 Mrd. € in die anderen EU-Mitgliedstaaten. Die Importe betragen 910 Mrd. € (Quelle: destatis). Wichtigste Handelspartner waren Frankreich und die Niederlande mit einem Handelsvolumen von 167 Mrd. € bzw. 161 Mrd. €. Dies zeigt die Bedeutung der Thematik!



AG Europäische Wirtschaftspolitik

B. Erforderliche Verbesserungen

Das Verlangen nach erneuten Grenzkontrollen wird vor allem damit begründet, dass ein wirksamer Schutz der Außengrenzen durch die Mitgliedsstaaten insbesondere im Süden der Europäischen Union nicht erfolgt. Deutschland hat keine europäische Außengrenze und daher keine zu deren Schutz notwendigen Einrichtungen zu unterhalten. Die diesen obliegenden Staaten sind durchgängig wirtschaftlich schwach und verfügen häufig nicht über die erforderlichen Strukturen im notwendigen Ausmaße.

Daher erachten wir es für erforderlich, diesen Staaten finanziell, materiell, personell und organisatorisch zu helfen. Schutz der Außengrenzen ist eine gemeinschaftliche Aufgabe!

Darüber hinaus sind umfassendere Maßnahmen zur Verhinderung und Verfolgung grenzüberschreitender Kriminalität, einschließlich durch Schleuser, zu ergreifen. Ergänzend bedarf es Regularien zur gemeinschaftlichen Aufnahme und Verteilung von rechtmäßig in die EU kommenden Flüchtlingen, die unter dem Schutz der Genfer Konvention stehen und Asylbewerbern.